



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *ETA-Waffenruhe nach Anschlägen in Gefahr?*

Nach dem Brandanschlag auf das Geschäft eines Stadtrates der PP-Schwesterpartei UPN in Navarra sowie Meldungen über eine neuerliche Welle von Erpresserbrieffen der ETA an Unternehmer ist die zu erwartende Diskussion über die Glaubwürdigkeit des ETA-Waffenstillstandes voll entbrannt. In einer ersten Reaktion bezeichnete der neue Innenminister Alfredo Pérez



Rubalcaba (Foto) den Brandanschlag, bei dem es zu einigen Verletzten gekommen war, als unvereinbar mit dem Waffenstill-

stand und dem Prozess, in dessen Rahmen die Regierung die Ernsthaftigkeit des Friedenswillens der ETA verifizieren will. Wenig später erklärte Regierungssprecher Fernando Moraleda, die polizeilichen Ermittlungen würden darauf hindeuten, dass der Anschlag nicht von der ETA autorisiert worden sei. Möglicherweise könnten ETA-Splittergruppen dahinter stecken, die den Beginn von Verhandlungen sabotieren wollten. Vor diesem Hintergrund halte Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero an seinem Zeitplan fest, Anfang Juni vom spanischen Parlament die Autorisierung von Verhandlungen mit der

ETA einzuholen, versicherte Moraleda. Darüber hinaus hob die spanische Regierung hervor, dass auch die illegale ETA-Partei Batasuna den Brandanschlag als "schwerwiegend" bezeichnet und sich mit den Betroffenen solidarisiert haben. Batasuna sei auf einem "guten Weg", so der Regierungssprecher.

Völlig entgegengesetzt fielen die Reaktionen bei der spanischen Volkspartei aus. PP-Politiker kritisierten die halbherzige Kritik der Batasuna an dem Brandanschlag als vollkommen unzureichend und wiesen darauf hin, dass Batasuna auch die Festnahme von ETA-Aktivisten als "schwerwiegend" verurteilte. Von einer klaren Distanzierung vom Terrorismus und einer Verurteilung des Terrors könne keine Rede sein. PP-



Generalsekretär Ángel Acebes (Foto) bezeichnete es als einen "großen Irrtum", Akte des Straßenterrors zu relativieren und damit zu entschuldigen, dass sie nicht von der ETA-Führung befohlen worden seien. Acebes wies zudem darauf hin, dass Batasuna als politischer Arm der Terrororganisation verboten worden sei. Ihre Mitglieder seien somit als Verbrecher und Terror-

risten anzusehen und nicht als "Friedensengel" zu hofieren, betonte der PP-Politiker. Erpresserbriefe und Attacken mit Molotov-Cocktails seien terroristische Akte. Solange diese nicht aufhörten und von Batasuna eindeutig verurteilt würden, stehe Batasuna als Teil von ETA außerhalb jeglicher Legalität und könne nicht als gleichberechtigter Verhandlungspartner einer demokratischen Regierung auftreten. Angesichts dieser diametral entgegengesetzten Lageeinschätzung zwischen Regierung und Opposition stellt sich die Frage, wie lange der Schulterchluss zwischen Zapatero und Oppositionschef Rajoy in der ETA-Frage noch halten kann.

### **>> PP fordert nationales Referendum zum katalanischen Autonomiestatut**

Die Präsentation von über vier Millionen Unterschriften für eine nationale Volksbefragung über das neue katalanische Autonomiestatut war perfekt inszeniert. Zehn Kleintransporter der Volkspartei fuhren die über vierhundert Kisten mit Unterschriftenlisten vor und luden sie vor dem Haupteingang des spanischen Kongresses ab. Vor den mächtigen Bronzelöwen, welche das Eingangsportale des Parlamentes schmücken,



verlas Oppositionschef Mariano Rajoy (Foto) vor zahlreichen Pressevertretern und Fernsehkameras eine Erklärung

und erläuterte den Standpunkt seiner Partei. Mit dieser Aktion unterstrich die Volkspartei zugleich ihren parlamentarischen Antrag auf Volksabstimmung über die katalanische Autonomiereform. Letztere würde die Prinzipien der spanischen Verfassung von 1978 "durch die Hintertür" aushebeln, erklärte PP-Chef Rajoy. Das neue katalanische Autonomiestatut würde aus Spanien eine Konföderation machen. Wenn dies gewünscht sei, dann müsse die nationale Verfassung umgeschrieben und per Referendum ratifiziert werden, machte Rajoy deutlich. Nach dem Auftritt Rajoys brach sofort die Debatte um den Erfolg der Unterschriftenaktion los. Während die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa



Fernández de la Vega (Foto) äußerte, die PP habe nur einen geringen Teil ihrer eigenen Wähler überzeugen können, sprach PP-

Generalsekretär Angel Acebes von der größten Unterschriftensammlung, die es je in Spanien und Europa gegeben habe, um ein Referendum zu erbitten. Acebes erinnerte daran, dass die mehr als 4 Millionen Unterschriften die Wählerstimmen aller nationalistischen Regionalparteien zusammen bei weitem übersteigen. Diese ohne Beachtung "vom Tisch zu wischen", sei ein Zeichen fehlenden Demokratieverständnisses bei Regierungschef Zapatero, so der PP-Politiker. Es ist dennoch alles andere als wahrscheinlich, dass die Regierung sich in dieser Frage noch

umstimmen lässt. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass das katalanische Autonomiestatut die Behandlung im Senat ohne wesentliche Änderungen übersteht und dann Mitte Juni per Referendum in Katalonien ratifiziert wird. Eine Mehrheit dafür scheint so gut wie sicher, auch wenn die katalanischen Linksnationalisten von der ERC ihre Wähler inzwischen aufgefordert haben, ungültige Stimmzettel abzugeben.

## >> Antrittsbesuch Alonsos in Afghanistan

Im Rahmen eines Truppenbesuchs in Afghanistan kündigte Spaniens



neuer Verteidigungsminister **José Antonio Alonso** (Foto) an, das Parlament in Kürze um eine Verstärkung des Truppenkontingents zu

bitten. Derzeit sind rund 540 spanische Soldaten in Afghanistan stationiert; geplant ist die Entsendung weiterer 150, um die Sicherheit der Truppe vor Ort besser zu garantieren. Spanische Soldaten waren kürzlich erstmals Ziel von direkt gegen sie gerichteten Angriffen geworden, ohne dass es dabei Verletzte oder Tote gegeben hätte. Angesichts der immer prekärer werdenden Sicherheitslage hatte der spanische Generalstabschef Félix Sanz bereits vor Wochen um eine Verstärkung der Afghanistan-Truppe gebeten.

Auch wenn die Entsendung weiterer Soldaten von einer breiten Mehrheit im Parlament, inklusive

der Volkspartei, unterstützt und nur von der Vereinigten Linken abgelehnt wird, musste sich Verteidigungsminister Alonso im Senat kritische Fragen gefallen lassen. Die PP wirft der Regierung vor, die Brisanz und das Risiko der Mission in der Öffentlichkeit herunterzuspielen, um die eigene Anhängerschaft sowie die Linksparteien, welche die Zapatero-Minderheitsregierung stützen, nicht gegen sich aufzubringen. Der verteidigungspolitische Sprecher der PP, Alejandro Muñoz-Alonso, fragte den Verteidigungsminister, ob es richtig sei, dass die spanischen Soldaten sich als "Kanonenfutter für Selbstmordattentäter" fühlten und ob die Regierung immer noch der Meinung sei, die NATO-Mission in Afghanistan sei "rein humanitärer Art". Der Minister umschiffte diese Fragen nach der Gefahrenlage jedoch und erklärte, die spanischen Soldaten seien damit beauftragt, die Sicherheit und den Wiederaufbau des Landes zu garantieren. Für die Regierung Zapatero bleibt die Afghanistanmission weiterhin ein schwieriger Balanceakt. Einerseits will sie sich durch das dortige Engagement nach ihrem Truppenabzug aus dem Irak als glaubwürdiger Partner im internationalen Kampf gegen den Terrorismus präsentieren, andererseits sind Auslandseinsätze spanischer Soldaten in der eigenen Wählerschaft alles andere als populär. Der Unterschied zwischen der Irakfrage und Afghanistan sowie die Existenz oder das Fehlen eines UN-Mandats sind der Bevölkerung nur schwer zu vermitteln.

Das letzte, was die Regierung jetzt brauchen könnte, wäre daher eine bereite öffentliche Debatte über den Afghanistaneinsatz.

## >> Zapatero bleibt wegen Endesa - Übernahme unter Druck

Die Europäische Kommission sieht infolge einer möglichen Übernahme des spanischen Energieversorgers Endesa durch E.ON keine negativen Auswirkungen auf den EU-



Wettbewerb, wie ein Kommissionssprecher bekannt gab. Dieser Feststellung folgte wenig später die Eröffnung eines Verfahrens gegen die Maßnahmen der spanischen Regierung, welche die Kompetenzen der nationalen Energiekommission CNE per Dekret erweitert hatte, um den Einstieg von E.ON zu verhindern. Damit gerät die Position der Regierung Zapatero weiter unter Druck. Erst vor wenigen Tagen hatte der spanische oberste Gerichtshof das Angebot des katalanischen Energieriesen Gas Natural für Endesa, welches die PSOE-Regierung aus politischen Gründen unterstützt, ausgesetzt. Diese Entscheidungen waren Wasser auf den Mühlen der Volkspartei, welche das Verhalten der Regierung Zapatero im Übernahmekampf zwischen E.ON und Gas Natural um Endesa scharf kritisiert. Im Mittelpunkt dieser PP-Kritik steht Industrieminister José Montilla (Foto), der für den Energiesektor



zuständig ist. Montilla ist zugleich Generalsekretär der katalanischen Sozialisten (PSC), welchen die katalanische Großbank Caixa vor einiger Zeit einen Kredit in Millionenhöhe erlassen hatte. Die Caixa hat wiederum als Hauptaktionär von Gas Natural ein vehementes Interesse am Zustandekommen der Endesa-Übernahme. Angesichts dieser Verquickung von persönlichen und parteipolitischen Interessen mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen, wirft die PP dem Minister vor, in der Übernahmeschlacht den eigenen Vorteil und den seiner Partei zu suchen, statt die Sache der Verbraucher und der Aktionäre zu verteidigen. Oppositionsführer Rajoy forderte im Parlament daher erneut den Rücktritt Montillas und warf Regierungschef Zapatero vor, die spanischen Interessen mit Füßen zu treten. Dabei fuhr der PP-Politiker schweres Geschütz auf: "Sie unterstützten das Übernahmeangebot von Gas Natural entgegen den Bedenken des Kartellamtes. Ihr Vorgehen führte zum Gegenangebot von E.ON, welches Sie nicht beachteten und durch ein spezielles Gesetz stoppen wollten. Sie suchten die Konfrontation mit der deutschen Regierung und der EU-Kommission und haben darüber hinaus zwei Gerichtsurteile gegen sich. Erklären Sie mir bitte, worin der Nutzen für die spanischen Bürger besteht." Trotz dieser massiven Kritik beharrt die Regierung weiter auf dem Standpunkt, den spani-

schen Interessen sei mit der Fusion von Endesa mit Gas Natural besser gedient als mit dem E.ON-Angebot. Wirtschaftsminister Pedro Solbes führte als Argument dafür nun die Frage der Versorgungssicherheit ins Feld. Ein Ende der Debatte ist damit noch lange nicht in Sicht.

### >> **Cavaco Silva fordert „soziale Gerechtigkeit“**

In seiner ersten Ansprache als portugiesischer Staatspräsident vor dem Abgeordnetenhaus schlug Aníbal Cavaco Silva (Foto) einen „bürgerlichen Pakt gegen die soziale Ungleichheit“ vor.



Mit seiner Rede zum 32. Jahrestag der Nelkenrevolution vom 25. April 1974 will der langjährige Wirtschaftsprofessor, der von 1985 bis 1995 als Regierungschef die Geschicke der liberal-konservativen PSD-Regierung leitete, ein Zeichen gegen die stagnierende Wirtschaftsentwicklung des Landes setzen. Insbesondere beklagte Cavaco Silva das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land. Die Armutsschere klaffe immer weiter auseinander. Im Landesinneren Portugals herrschten teilweise „archaische soziale und kulturelle Umstände“; viele Menschen würden dort noch immer in Armut leben, betonte Cavaco Silva und zeichnete damit ein schonungsloses Bild des Landes, das er selbst zehn Jahre lang regierte. Um die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zu bekämpfen,

müsse nun ein Pakt ohne „ideologische Differenzen“ her, forderte der Staatspräsident. Dabei sei es moralisch aber nicht zu rechtfertigen, denjenigen weitere Opfer abzuverlangen, die ohnehin schon bedürftig sein. Dies wurde allgemein als Anspielung auf die sozialen Einschnitte aufgefasst, welche die sozialistische Regierung angesichts der prekären Haushaltslage derzeit vorantreibt.

Die Botschaft des konservativen Staatspräsidenten Cavaco Silva wurde sehr unterschiedlich aufgenommen. Während Demonstranten, die am selben Tag gegen die Sozialreformen der Regierung von José Sócrates demonstrierten, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit begrüßten, kam verhaltene Kritik aus den Reihen der Regierung. Die sozialistische Partei (PS), die über ein Jahr mit absoluter Mehrheit regiert, sieht sich ihrer Parteiprogrammatik der sozialen Gerechtigkeit beraubt. Der Präsident, so lautet die Kritik unterschwellig, wolle die PS als „unsozial“ darstellen und damit der konservativen Oppositionspartei PSD die Argumente frei Haus liefern. Die PSD hat sich allerdings in keiner Weise zur Botschaft des Präsidenten geäußert. Hinter vorgehaltener Hand ist man aber innerhalb der PSD davon überzeugt, dass Cavaco Silva die „soziale Gerechtigkeit“ über konservative Wirtschaftsstrategien erzielen will. Der Präsident spreche die Sprache der Sozialisten und nutze die Instrumente der Konservativen, so heißt es aus der Führungsriege der PSD.

## >> Sozialisten führen Umfragen in Portugal weiter an

Die Einschnitte ins soziale Netz und die Sparmaßnahmen zur Bekämpfung des ausufernden Haushaltsdefizits scheinen der Popularität der sozialistischen Regierung von José Sócrates (vorerst) nicht zu schaden. Die Proteste der Beamtenschaft und Staatsbediensteten, die besonders von Kürzungen betroffen sind, schlagen sich bisher nicht in den Umfragen nieder. Ganz im Gegenteil: Der Aprilstudie des Meinungsforschungsinstituts *Marktest* zufolge legten die Sozialisten bei der Sonntagsumfrage zum dritten Mal in Folge zu und kommen nun auf 43 Prozent. Damit liegt die Sozialistische Partei (PS) derzeit nur zwei Prozentpunkt unter ihrem Ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen im Februar 2005. Damals hatte die PS mit 45 Prozent der Wählerstimmen die absolute Mehrheit der Mandate errungen. Die oppositionelle, liberal-konservative



PSD unter Führung ihres Parteichefs Luis Marques Mendes (Foto) verzeichnet dementsprechend sinkende Umfragewerte. In der aktuellen Umfrage liegt sie bei nur 31 Prozent, vier Prozentpunkte weniger als noch im Vormonat und nur zwei Prozent mehr als bei den Parlamentswahlen 2005. Die PSD hatte damals nach dem Weggang ihres Regierungschefs José Manuel Durão Barroso als EU-Kommis-

sionspräsident nach Brüssel und dem chaotischen Intermezzo seines Nachfolgers, Pedro Santa Lopes, mit nur 29 Prozent ein verheerendes Wahlergebnis erzielt. Seitdem ist es der PSD nicht gelungen, die parteiinternen Grabenkämpfe zu überwinden und ein klares Aufbruchssignal zu setzen. Parteichef Marques Mendes ist der Umfrage von *Marktest* zufolge einer der unbeliebtesten Politiker des Landes. 28 Prozent der Befragten bewerten sein politisches Handeln als positiv, 39 Prozent als negativ. Das ergibt eine negative Bilanz von -11 Prozent in der Beliebtheitsskala. Einziger Trost für die PSD sind die hohen Popularitätswerte des Staatspräsidenten Aníbal Cavaco Silva. Der PSD-Politiker ist mit 36 Prozent Zustimmung bei nur 6 Prozent Ablehnung der beliebteste Politiker des Landes. Die Partei setzt nun darauf, im Windschatten Cavaco Silvas in der Wählergunst aufzuholen und mit dem Parteitag vom 19. bis 21. Mai ein Aufbruchssignal zu setzen.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer

Zusammengestellt:  
Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

### **Neue Postanschrift:**

Plaza de Castilla 3, 16-D 2  
28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)